

JOSEF BAUMGARTNER
SERGUEI KANIOVSKI
MARKUS MARTERBAUER

KONJUNKTURAUFSCHWUNG BEI ANHALTENDEN STRUKTUR- PROBLEMEN

MITTELFRISTIGE PROGNOSE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT BIS 2006

Die österreichische Wirtschaft steht vor einem Konjunkturaufschwung, der bis ins Jahr 2004 anhalten sollte und dann ein Wirtschaftswachstum von mehr als 3% bringen wird. Für 2005 und 2006 muss mit einer merklichen Verlangsamung gerechnet werden. Der Konjunkturzyklus wird primär von der Entwicklung der internationalen Wirtschaft und damit dem Export und den Ausrüstungsinvestitionen bestimmt. Im Verlauf der Weltkonjunktur liegen die größten Risiken für die Prognose. Die Inlandsnachfrage wächst zunächst deutlich langsamer als die Produktion, stabilisiert aber gegen Ende des Prognosehorizonts die Konjunktur. Die Beschäftigung steigt im Zuge der Erholung kräftig, die Arbeitslosigkeit geht aufgrund des hohen Angebotes an ausländischen Arbeitskräften aber nur langsam zurück. Die Spielräume in den öffentlichen Haushalten bleiben klein. Zugleich bestehen wesentliche Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik in der Gestaltung der Budgetstruktur, der Innovations- und der Bildungspolitik.

Die mittelfristige Prognose 2001/2006 basiert auf der im Juni vorgestellten Konjunkturprognose für die Jahre 2002 und 2003. Das WIFO nimmt dort einen merklichen internationalen Konjunkturaufschwung an, betont gleichzeitig aber das Risiko einer Verzögerung der Erholung. Der Höhepunkt dieses Aufschwungs sollte in Österreich im Jahr 2004 mit einem realen Wirtschaftswachstum von 3¼% erreicht werden. Die wichtigsten Impulse für die Erholung nach der Rezession 2001 werden vom Export und den Ausrüstungsinvestitionen erwartet.

Die österreichische Wirtschaft könnte von einer Erholung der Nachfrage der wichtigsten Handelspartner besonders profitieren, denn die heimischen Exportunternehmen verfügen aufgrund einer günstigen Entwicklung der Lohnstückkos-

Begutachtung: Fritz Breuss, Helmut
Kramer, Gerhard Lehner •
Wissenschaftliche Assistenz: Christine
Kaufmann • E-Mail-Adressen:
Josef.Baumgartner@wifo.ac.at,
Serguei.Kaniovski@wifo.ac.at,
Markus.Marterbauer@wifo.ac.at,
Christine.Kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 1: Hauptergebnisse

	Ø 1996/2001	Ø 2001/2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Jährliche Veränderung in %							
Bruttoinlandsprodukt								
Real	+2,4	+2,3	+1,0	+1,2	+2,8	+3,3	+2,4	+1,7
Nominell	+3,4	+3,6	+2,6	+2,3	+4,0	+4,7	+3,8	+2,9
Verbraucherpreise ¹⁾	+1,3	+1,7	+2,3	+1,7	+1,4	+1,9	+1,8	+1,6
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten ²⁾	+2,3	+2,7	+3,1	+2,5	+2,5	+3,0	+2,8	+2,4
Unselbständig Beschäftigte ³⁾	+0,8	+0,6	+0,4	-0,2	+0,8	+1,1	+0,8	+0,5
	In %							
Arbeitslosenquote								
In % der Erwerbspersonen ⁴⁾	4,0	3,6	3,6	4,0	3,9	3,6	3,4	3,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁵⁾	6,6	6,3	6,1	6,8	6,5	6,2	6,0	5,9
	In % des BIP							
Außenbeitrag	-0,9	-0,2	-0,4	0,1	0,2	0,1	-0,4	-1,0
Finanzierungssaldo des Staates								
Laut Maastricht-Definition	-1,6	0,1	0,1	-0,4	±0,0	0,2	0,5	0,4
	In % des verfügbaren Einkommens							
Sparquote der privaten Haushalte	7,1	6,8	6,2	6,4	6,8	7,2	7,0	6,8

¹⁾ Konsumdeflator. – ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge, je Beschäftigungsverhältnis laut VGR. – ³⁾ Ohne Präsenzdienere und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kindergeld. – ⁴⁾ Laut Eurostat. – ⁵⁾ Laut Arbeitsmarktservice.

ten über eine hohe preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die erwartete starke Ausweitung des Warenexports zieht rege Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und immaterielle Wirtschaftsgüter nach sich. Im Aufschwung dämpft die Inlandsnachfrage eher die Wachstumsdynamik. Die Zunahme des privaten Konsums wird durch den Anstieg der Sparquote auf das mittelfristige Niveau etwas geschwächt. Die Bauwirtschaft wächst, gebremst durch die geringe Nachfrage nach Wohnungen, nur sehr verhalten.

Das Konjunkturbild, das der Prognose zugrunde liegt, deutet für die Jahre 2005 und 2006 auf eine beträchtliche Abschwächung hin. Wieder kommen die wichtigsten Einflussfaktoren von den volatilsten Komponenten der Nachfrage: den Exporten und Ausrüstungsinvestitionen, deren Wachstum dann beträchtlich gedämpft ist. Hingegen dürfte gegen Ende der Prognoseperiode die Inlandsnachfrage stabilisierend wirken: Der private Konsum expandiert weiter um über 2%. Die Bauwirtschaft könnte ihre lange Krise überwinden, sobald im Zuge der Osterweiterung der EU der Ausbau der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur rascher vorankommt und selbst im Wohnbau die Nachfrage wieder leicht steigt.

Die österreichische Wirtschaft dürfte im Durchschnitt der Periode 2001/2006 mit einer realen Zunahme des BIP um 2¼% pro Jahr nur wenig langsamer wachsen als im EU-Durchschnitt (+2,4%) und etwa gleich rasch wie in der Periode 1996/2001. Allerdings sind verschiedene Strukturprobleme zu erkennen: Zwar erhöht sich der Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum bedeutend, dies ist aber neben der günstigen internationalen Konjunktur eher auf eine maßvolle Lohnentwicklung als auf eine rasche Produktivitätssteigerung infolge erfolgreicher Innovationspolitik zurückzuführen.

Der Wirtschaftsaufschwung zieht eine merkliche Belebung des Beschäftigungswachstums nach sich. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöht sich um 0,6% (+19.000) pro Jahr. Dies schlägt sich allerdings nicht in einer parallelen Verringerung der Arbeitslosigkeit nieder. Zwar steigt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter anders als in den Vorperioden kaum noch, die beträchtliche Ausweitung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte – durch Saisoniers und infolge der EU-Osterweiterung ab dem Jahr 2004 – vergrößert das Arbeitskräfteangebot dennoch erheblich. Die Zahl der Arbeitslosen wird bis zum Jahr 2006 nur auf 205.000 zurückgehen. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,9% der unselbständigen Erwerbspersonen bzw. 3,3% der Erwerbspersonen laut Eurostat. Die Ausgaben für die Altersteilzeit gewinnen gegenüber den Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen für Arbeitslose stark an Bedeutung.

Unter der Annahme restriktiver Ausgabenpolitik, ohne eine Senkung von Steuern oder Lohnnebenkosten und ohne die beabsichtigte Ausweitung der Ausgaben für Landesverteidigung ergeben sich laut Modellprognose ein ausgeglichener Staatshaushalt im Jahr 2003 und ein leichter Überschuss in den Folgejahren (2005 +½% des BIP). Dies ist ein Ergebnis der günstigen Konjunktur- und Beschäftigungsentwicklung und sollte nicht als Spielraum für Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungen interpretiert werden. Solche Maßnahmen würden, sofern keine Gegenfinanzierung erfolgt, in der hier prognostizierten Konjunkturbelebungsphase prozyklisch wirken. Strukturprobleme in den öffentlichen Haushalten umfassen u. a. die geringe Elastizität des Aufkommens an Umsatzsteuer, den merklichen Anstieg der Subventionen sowie die starke Ausweitung der Förderungen im Familienbereich und für das Altersteilzeitprogramm.

Übersicht 2: Internationale Rahmenbedingungen

	Ø 1996/2001	Ø 2001/2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
				Jährliche Veränderung in %				
Bruttoinlandsprodukt EU, real	+2,6	+2,4	+1,5	+1,3	+2,8	+3,3	+2,5	+2,0
Welthandelspreise insgesamt	-3,3	+3,3	-3,6	+1,1	+3,6	+4,4	+4,6	+3,0
				Dollar je ECU bzw. Euro				
Wechselkurs	1,028	0,945	0,896	0,95	0,98	0,93	0,93	0,93
				In %				
Zinssätze Euro-Raum								
Sekundärmarktrendite	5,1	5,4	4,9	5,2	5,5	5,5	5,5	5,2
Dreimonatssatz (Euribor)	4,1	4,2	4,3	3,3	4,5	4,5	4,5	4,0

Die Prognose lässt keine nennenswerten Inflationsrisiken erkennen. Im Durchschnitt 2001/2006 dürfte die Inflationsrate 1,7% betragen. In einer offenen Volkswirtschaft wie Österreich spielt die internationale Preis- und Kostenentwicklung für die heimische Inflation eine zentrale Rolle. In der EU bleiben die Inflationserwartungen niedrig, größere Schwankungen auf den Weltmärkten für Rohstoffe werden nicht angenommen. Unter den inländischen Inflationsdeterminanten geht von den Lohnstückkosten kein wesentlicher Preisauftrieb aus, und die Verschärfung des Wettbewerbs drückt eher die Preise. Die Reallöhne pro Kopf dürften um 1% pro Jahr steigen, deutlich schwächer als die Arbeitsproduktivität.

Die Risiken der mittelfristigen Prognose liegen primär im Bereich der internationalen Konjunktur. In den USA dürfte das Wachstum schwächer ausfallen, wenn die makroökonomischen Ungleichgewichte (niedrige Sparquote, hohes Leistungsbilanzdefizit, Überbewertung von Aktien und Immobilien) korrigiert werden. In Europa könnte das erforderliche Zusammenspiel zwischen Geld-, Budget- und Lohnpolitik nicht ausreichend gelingen. Die Osterweiterung der EU wird für das Jahr 2004 angenommen. Ihr Erfolg kann langfristig Wachstumseffekte nicht nur in den neuen Mitgliedsländern, sondern auch in Westeuropa auslösen. Allerdings sind die Risiken – etwa bei einer zu frühen Teilnahme an der Währungsunion – erheblich.

GÜNSTIGE INTERNATIONALE RAHMENBEDINGUNGEN

Die vorliegende mittelfristige Prognose für Österreich wurde mit dem WIFO-Makromodell erstellt. Sie basiert auf der kurzfristigen Prognose des WIFO für die Jahre 2002 und 2003, die im Juni vorgestellt wurde¹⁾, und den Annahmen für die internationalen Rahmenbedingungen, die im gleichen Heft ausführlich dargestellt werden²⁾:

¹⁾ Walterskirchen, E., „Aufschwung mit Risiken. Prognose für 2002 und 2003“, WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(7), S. 415-422.

²⁾ Schulmeister, St., „Aktienmärkte dämpfen das Wachstum in den USA. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2006“, in diesem Heft.

- Die österreichische Wirtschaft wächst in den Jahren 2002 und 2003 real um 1,2% bzw. 2,8%. Die wichtigsten Impulse kommen von der Konjunkturbelebung bei den Handelspartnern, die Inlandsnachfrage bleibt sehr gedämpft. Die Risiken des Aufschwungs bestehen in einer verzögerten Erholung in den USA und in Europa.
- In den USA beschleunigt sich das Wachstum nach der Rezession 2001 weiter und erreicht im Jahr 2004 mit einer Zunahme des BIP um real 3½% seinen Höhepunkt.
- Die Wirtschaft der EU erhält ihre wesentlichen Impulse vom Export. Der Aufschwung erfolgt zeitverzögert gegenüber jenem in den USA und fällt schwächer aus, da Geld- und Budgetpolitik relativ restriktiv ausgerichtet bleiben. Im Durchschnitt über die Periode 2001/2006 wächst die Wirtschaft mit real +2,4% um ¼ Prozentpunkt langsamer als von 1996 bis 2001. Deutschland ist weiterhin ein Nachzügler, die Rate erreicht nur +2% pro Jahr.
- Die ostmitteleuropäischen Länder profitieren von der Konjunkturerholung in der EU und ab 2004 von den Effekten der EU-Mitgliedschaft. Diese resultieren primär aus positiven Impulsen für Direktinvestitionen und Exporte und sollten dem Aufholprozess zusätzliche Dynamik verleihen. In den MOEL expandiert die Wirtschaft 2001/2006 um durchschnittlich 1½ Prozentpunkte pro Jahr rascher als in den westeuropäischen Industrieländern.
- Für den im Prognosemodell exogenen Wechselkurs zwischen Dollar und Euro wird angenommen, dass er in der Prognoseperiode etwa auf dem gegenwärtigen Niveau von 1 : 1 verharrt.
- Die Welthandelspreise erhöhen sich im Zuge des Konjunkturaufschwungs merklich, große Ausschläge der Rohstoffpreise bleiben aber aus.

WIRTSCHAFT WÄCHST IN ÖSTERREICH NUR WENIG LANGSAMER ALS IN DER EU

Aufgrund der engen außenwirtschaftlichen Verflechtung hängt die heimische Wirtschaftsentwicklung in hohem

Maße von der europäischen Konjunktur ab. In den vergangenen Jahrzehnten wies Österreich vor allem in Phasen des internationalen Konjunkturerfalls eine relativ gute Performance auf. Dies war auf die Stabilisierung

Das BIP dürfte in Österreich zwischen 2001 und 2006 mit +2,3% pro Jahr etwas schwächer zunehmen als im EU-Durchschnitt. Der Anstieg der Sparquote, die anhaltende Flaute in der Bauwirtschaft und die mangelnde Innovationskraft dämpfen die Expansion.

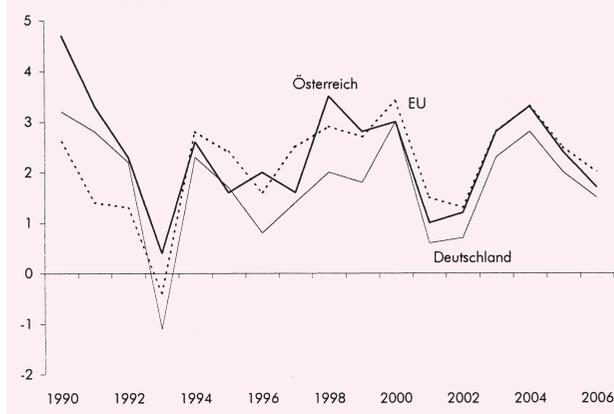
der Erwartungen zurückzuführen, die von der heimischen Wirtschaftspolitik, insbesondere der antizyklischen Budgetpolitik ausging. Im Konjunkturaufschwung war das Wachstum dann meist etwas weniger dynamisch als in den anderen EU-Ländern. Im Gegensatz zu diesem Muster war der Konjunkturerfall 2001 in Österreich aufgrund des strikten Budgetkonsolidierungskurses stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der EU-Länder – der Wachstumsrückstand betrug 1/2 Prozentpunkt.

Die nachfragedämpfenden Effekte der Budgetpolitik wurden teils durch einen merklichen Rückgang des Sparanteils am verfügbaren Einkommen aufgefangen. Dies lässt jedoch erwarten, dass im Konjunkturaufschwung der private Konsum nur gedämpfte Wachstumsbeiträge liefert, weil die Haushalte ihre Sparquote wieder dem mittelfristigen Niveau annähern. Die Inlandsnachfrage wird zusätzlich durch die anhaltende Schwäche in der Bauwirtschaft gebremst. Der Konjunkturaufschwung wird deshalb vom Export und den Ausrüstungsinvestitionen getragen.

In der Vergangenheit konnten kleine, offene Volkswirtschaften in der EU durch zwei unterschiedliche Strategien besondere wirtschaftliche Erfolge verzeichnen: Finnland, Schweden und teils auch Irland investierten massiv in Informations- und Kommunikationstechnologien und punkteten damit auch im Export. Die Niederlande hingegen setzten auf Lohnzurückhaltung und damit auf hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit auf der Basis niedriger Lohnstückkosten. Auch Österreich schlug eher den zweiten Weg ein. Die Ausgaben für Innovation und Investitionen in IKT, Forschung und Entwicklung bleiben hinter dem EU-Durchschnitt zurück. Dies äußert sich in einem Rückstand des Wertschöpfungsanteils technologieorientierter Branchen (Österreich 14% des BIP gegenüber 23% in der EU) und wissensorientierter Dienstleistungen (12% gegenüber 19%). Gegenüber einer innovationsorientierten Strategie der Wettbewerbsfähigkeit dominiert in Österreich das Konzept maßvoller nomineller Lohnabschlüsse, die vor allem dem Exportsektor zu kostenseitigen Wettbewerbsvorteilen verhelfen.

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Die mittelfristige Prognose nimmt an, dass die heimische Wirtschaft 2001/2006 aufgrund des bekannten Wachstumsrückstands im Aufschwung, der anhaltenden Probleme der Bauwirtschaft und der Innovationsschwäche geringfügig langsamer expandiert als im EU-Durchschnitt, allerdings deutlich rascher als in Deutschland.

EXPORT UND AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN DYNAMISCH

Getragen von der Konjunkturerholung in den USA und in Europa wird sich das Wachstum des Warenexports 2003 und 2004 merklich beschleunigen und real mehr als 8% pro Jahr erreichen. Dabei profitieren die heimischen Exportunternehmen vor allem von der Ausweitung der Nachfrage der wichtigsten Handelspartner. Österreichs Ausfuhr ist stark auf den Binnenmarkt der EU (61% des gesamten Warenexports) und dort auf Deutschland (33%) konzentriert. Die anhaltende Schwäche der deutschen Binnennachfrage trifft die heimischen Unternehmen nicht voll, weil für sie die Zulieferbeziehungen zur deutschen Exportindustrie, die weiterhin kräftig wächst, von besonderer Bedeutung sind. Österreichs Exportwirtschaft hat auf dem deutschen Markt zudem in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich Marktanteile gewonnen.

Die handelsschaffenden Effekte der Ostöffnung haben die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Österreich schon im vergangenen Jahrzehnt maßgeblich beeinflusst. Der Anteil der ostmitteleuropäischen Länder Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen am gesamten Export verdoppelte sich von 5% im Jahr 1990 auf 10% 2001. Die Lieferungen in diese Länder erhöhten sich um durchschnittlich 15% pro Jahr, die Ausfuhr insgesamt hingegen um nur 7%. Durch den EU-Beitritt der Transformationsländer sollten sich zusätzliche expansive Impulse ergeben, allerdings hängt deren Ausmaß primär von der Geschwindigkeit des Aufholprozesses ab.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 1996/2001	Ø 2001/2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Jährliche Veränderung in %							
Konsumausgaben								
Private Haushalte ¹⁾	+2,2	+2,2	+1,3	+1,5	+2,3	+2,6	+2,6	+2,2
Staat	+1,0	+0,6	+0,7	-1,0	±0,0	+1,9	+0,7	+0,9
Bruttoanlageinvestitionen	+1,8	+2,9	-2,7	-0,7	+4,1	+5,3	+3,7	+2,0
Ausrüstungen	+5,4	+4,8	-3,8	+0,7	+7,6	+9,3	+5,3	+1,5
Bauten	-0,4	+1,0	-1,7	-2,0	+1,0	+1,3	+2,0	+2,6
Inländische Verwendung	+1,9	+2,1	+0,2	+0,7	+2,2	+3,1	+2,5	+1,9
Exporte	+9,1	+6,4	+4,5	+4,3	+7,3	+8,3	+6,6	+5,5
Importe	+8,1	+6,1	+2,9	+3,4	+6,5	+8,1	+7,0	+6,0
Bruttoinlandsprodukt	+2,4	+2,3	+1,0	+1,2	+2,8	+3,3	+2,4	+1,7

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Neben der Nachfrage der Handelspartner spielt die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportunternehmen eine wichtige Rolle für die Dynamik der Exporte. Deren Preiskomponenten werden u. a. durch die relativen Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung bestimmt. Diese sollten sich – wie in der Vergangenheit – günstig entwickeln. In der Gesamtwirtschaft dürften die Lohnstückkosten 2001/2006 um nur 1% pro Jahr steigen. Dies überzeichnet aber die Kostenentwicklung im Exportsektor, der seine Produktivität weit überdurchschnittlich steigert – die Lohnkosten je erzeugte Einheit sinken. So können die österreichischen Unternehmen Marktanteile im Export gewinnen.

In Österreich ist der Zusammenhang zwischen Warenexport und Ausrüstungsinvestitionen besonders eng. Die Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge und Software bilden zudem die volatilste Nachfragekomponente. Das WIFO nimmt in seiner mittelfristigen Prognose an, dass sich die Ausrüstungsinvestitionen im Zuge des Aufschwungs stark beleben und im Jahr 2004 ein reales Wachstum von mehr als 9% erreichen, das dann wieder merklich abflacht. Im Durchschnitt 2001/2006 könnte die Rate etwa +5% betragen – nur geringfügig weniger als in der Periode 1996/2001.

INLANDSNACHFRAGE BLEIBT IM AUFSCHWUNG ZURÜCK

Die Bauinvestitionen expandieren deutlich langsamer als die Ausrüstungsinvestitionen. Sie dürften von 2001 bis 2006 real durchschnittlich um nur 1% pro Jahr wachsen. Im Wohnbau kann wegen gedämpfter Nachfrage erst allmählich mit einer Stabilisierung gerechnet werden, gegen Ende der Prognoseperiode zeichnet sich eine leichte Belebung ab. Für den Nichtwohnbau sind die Perspektiven viel günstiger. Zwar bestehen erhebliche Überkapazitäten an Büroflächen, die in den nächsten Jahren noch dämpfend wirken. Doch wird zum einen im Zuge der Konjunkturerholung auch die Nachfrage im Industriebau wieder in Schwung kommen. Zum anderen besteht hoher Bedarf an Infrastrukturleistungen, vor allem im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung: Verkehrs- und Kommunikationsin-

frastruktur sind noch nicht ausreichend auf die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit den Beitrittskandidatenländern vorbereitet. Die wesentliche Unsicherheit in diesem Bereich bildet allerdings die weitgehend offene Frage der Finanzierung. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut, deren Einführung bevorsteht, werden nicht ausreichen, um den wirtschaftlichen Bedarf auch finanziell abzudecken.

Der private Konsum sollte sich mit dem Konjunkturaufschwung, der eine Zunahme von Beschäftigung und Realeinkommen pro Kopf mit sich bringt, wieder beleben. Für den Durchschnitt der Jahre 2001/2006 wird eine Konsumsteigerung um real 2,2% angenommen. Damit bleiben die Ausgaben der privaten Haushalte etwas hinter dem Wirtschaftswachstum und dem Anstieg der verfügbaren Einkommen zurück. Dahinter steht die Annahme, dass sich die Sparquote, nachdem sie im Zuge der Budgetkonsolidierung auf knapp über 6% des verfügbaren Einkommens gesunken ist, wieder ihrem mittelfristigen Trend nähert und auf etwa 7% steigt.

AUSSENBEITRAG LIEFERT WESENTLICHE WACHSTUMSIMPULSE

Die Annahme eines internationalen Konjunkturaufschwungs liefert günstige Rahmenbedingungen für das Exportwachstum. Die Zunahme des Außenbeitrags ist allerdings viel eher Ergebnis von maßvoller Lohnkostenentwicklung als von intensiven Investitionsanstrengungen in den Innovationsbereichen. Dies kann langfristig die Wohlstandssteigerung dämpfen.

Das Wachstum der Importe bleibt hinter jenem der Exporte zurück: Einerseits zieht eine Ausweitung des Exports umfangreiche Zulieferungen und Ausrüstungsinvestitionen nach sich, die beide importintensiv sind. Andererseits dämpft aber die unterdurchschnittliche Expansion der Nachfrage der privaten Haushalte und in der Bauwirtschaft die Einfuhr.

Übersicht 4: Preise

	Ø 1991/1996	Ø 1996/2001	Ø 2001/2006
	Jährliche Veränderung in %		
<i>Implizite Preisindizes</i>			
Privater Konsum	+2,8	+1,3	+1,7
Exporte	+1,0	+0,9	+1,3
Importe	+1,0	+1,4	+1,7
Bruttoinlandsprodukt	+2,6	+1,0	+1,2

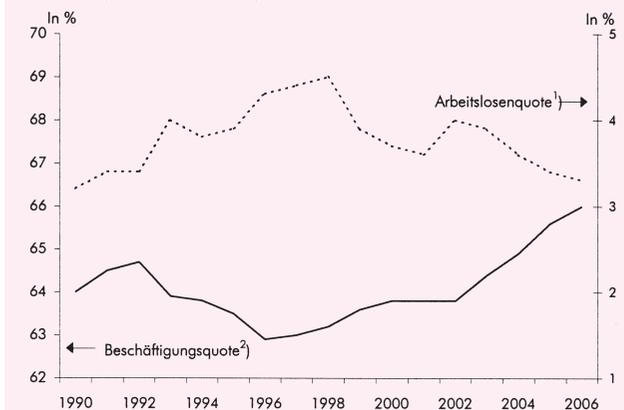
Die Prognoseperiode ist durch einen steigenden positiven Wachstumsbeitrag des Außenhandels charakterisiert. Unter dem Gesichtspunkt von Marktanteilsgewinnen und zusätzlichen Wachstumsimpulsen ist dies zu begrüßen; es birgt allerdings auch eine Reihe von problematischen Momenten. Der hohe Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft resultiert aus der kräftigen internationalen Konjunktur und der relativ guten Lohnstückkostenposition der heimischen Wirtschaft. Die Exportpreise steigen merklich langsamer als die Importpreise. Während die Exportunternehmen bei preiselastischer Nachfrage mit günstiger Kostensituation punkten können, werden die Importpreise bei eher preisunelastischer Nachfrage vor allem von den Bedingungen auf den Rohstoff-Weltmärkten bestimmt. Eine Verbesserung der Lohnstückkostenposition, die primär durch Lohnzurückhaltung erreicht wird, kann allerdings eine Schwächung der Inlandsnachfrage und eine Dämpfung der Wohlstandsgewinne bewirken. Für eine Wachstumsdynamik der Volkswirtschaft auf breiterer Front und namhafte Wohlstandsteigerungen förderlicher wäre eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit durch starkes Produktivitätswachstum, das auf eine hohe Dynamik der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologie und Innovation im Allgemeinen zurückgeht.

KAUM INFLATIONSDRUCK, LOHN-QUOTE SINKT WEITER

Die mittelfristige Prognose lässt keine Inflationsprobleme erkennen. In einer offenen Volkswirtschaft innerhalb des EU-Binnenmarktes kommt der europäischen Preis- und Kostenentwicklung wachsende Bedeutung für die heimische Inflation zu. Auf EU-Ebene sind die Inflationserwartungen stabil und niedrig. Länder mit überdurchschnittlichem Preisauftrieb sind gezwungen, über restriktive Lohn- und Fiskalpolitik die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die internationalen Rohstoffpreise ziehen aufgrund der regen Nachfrage im Konjunkturaufschwung zwar an, ohne allerdings wesentlichen Inflationsdruck auszulösen.

Seitens der inländischen Inflationsdeterminanten zeichnet sich ebenfalls kein merklicher Preisauftrieb ab. Die Verschärfung des Wettbewerbs in ehemals geschützten Sektoren lässt die Preise – zumindest kurzfristig – sinken. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten steigen durchschnittlich um nur 1% pro Jahr und dämpfen somit

Abbildung 2: Entwicklung des Arbeitsmarktes



1) In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat). – 2) Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

den Preisauftrieb. Die Prognose lässt zwischen 2001 und 2006 einen durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7% pro Jahr erwarten.

Die Reallöhne pro Kopf dürften sich jährlich um 1% erhöhen, gleich rasch wie in der Periode 1996/2001. Diese Rate liegt neuerlich deutlich unter dem Wachstum der Arbeitsproduktivität (real +1½%). Die weitere Vergrößerung der Reallohnücke ist ein Ergebnis der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit, die die Verhandlungsposition der Gewerkschaften schwächt, und der zunehmenden Wettbewerbsintensität. Dies impliziert auch, dass der Lohnanteil am Volkseinkommen weiter zurückgeht.

ARBEITSLOSIGKEIT VERRINGERT SICH NUR LANGSAM

KONJUNKTURAUFSCHWUNG BRINGT REGES BESCHÄFTIGUNGS- UND PRODUKTIVITÄTSWACHSTUM

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich mittelfristig aufgrund des erwarteten Konjunkturaufschwungs merklich verbessern, denn der Zusammenhang zwischen der Höhe des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Beschäftigung ist nach wie vor relativ eng und stabil. Eine Zunahme der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen bewirkt auch eine Ausweitung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums hat sich längerfristig sogar etwas erhöht. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten dürfte von 2001 bis 2006 um durchschnittlich 0,6% pro Jahr steigen. Das entspricht +19.000 Arbeitsplätzen pro Jahr. Diese werden ausschließlich im privaten Sektor entstehen, für den öffentlichen Sektor wird eine Stagnation angenommen.

Daraus ergibt sich eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität um 1½% pro Jahr – etwa so hoch wie in den zwei vorhergegangenen Fünfjahrespe-

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen

	Ø 1991/ 1996	Ø 1996/ 2001	Ø 2001 2006
	Jährliche Veränderung in %		
Unselbständig Beschäftigte	+0,3	+0,7	+0,8
Summe Wirtschaftsklassen ¹⁾	+0,1	+0,8	+0,6
Arbeitslose	+4,5	-2,4	+0,1
Arbeitslosenquote in % der Erwerbspersonen ²⁾	3,9	4,0	3,6
in % der unselbständigen Erwerbspersonen ³⁾	6,6	6,6	6,3
Arbeitsproduktivität ⁴⁾	+1,4	+1,3	+1,5
Lohn- und Gehaltssumme ⁵⁾	+3,6	+3,4	+3,4
Je Beschäftigung ⁶⁾	+3,3	+2,3	+2,7
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	+1,7	+0,5	+1,0

¹⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieherinnen von Karenz- bzw. Kindergeld. – ²⁾ Laut Eurostat. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ BIP real je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis (laut VGR). – ⁵⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁶⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR.

rioden. Die Arbeitsproduktivität entwickelt sich in Österreich erfahrungsgemäß noch stärker prozyklisch als in anderen Industrieländern: Im Konjunkturaufschwung werden zunächst die bereits beschäftigten Arbeitskräfte intensiver eingesetzt und Überstunden ausgeweitet; erst später werden zusätzliche Arbeitskräfte aufgenommen. Zudem wächst im Aufschwung die Exportindustrie besonders dynamisch, und ihre Arbeitsproduktivität steigt erfahrungsgemäß mindestens doppelt so rasch wie in der Gesamtwirtschaft.

Mittelfristig wird der Zuwachs der Arbeitsproduktivität von zwei gegenläufigen Entwicklungen beeinflusst:

- Zum einen dämpft die Tendenz zur Ausweitung der Teilzeitarbeitsplätze die als Output pro Kopf gemessene Produktivität. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung wird infolge des überdurchschnittlichen Wachstums der Beschäftigung im Dienstleistungssektor, aber auch wegen höherer Zuverdienstgrenzen neben dem Kindergeld weiter steigen. In Vollzeitäquivalenten wäre die Produktivitätssteigerung deshalb höher als hier angenommen. Dieser Effekt wird durch den Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors verstärkt, in dem die Produktivität langsamer steigt als in der Industrie.
- Zum anderen können intensivere Anstrengungen der öffentlichen Hand und der Unternehmen, Forschung und Entwicklung – vor allem aber die Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien – zu erhöhen, mittelfristig eine Beschleunigung des Produktivitätswachstums bewirken.

MERKLICHER ANSTIEG DER BESCHÄFTIGUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITSKRÄFTE BREMST RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird nicht nur von der Nachfrage nach Arbeitskräften und dem Produktivitätswachstum, sondern in hohem Maße auch von Veränderungen des Arbeitskräfteangebotes bestimmt. Hier zeichnet sich ab dem Jahr 2004 eine Trendwende ab,

die die Arbeitsmarktentwicklung langfristig entscheidend beeinflussen wird. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-jährige Männer und 15- bis 59-jährige

Die demographische Entwicklung entlastet künftig den Arbeitsmarkt. Die Bildungs- und Gesundheitspolitik ist gefordert, die Reserven im Bereich der Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Arbeitskräften sowie der Arbeitslosen zu erschließen. In Bezug auf die Finanzierbarkeit des Sozialsystems sind diese Formen des Angebotswachstums einer Ausweitung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte vorzuziehen.

Frauen) nimmt in den Jahren 2004 bis 2006 nicht mehr weiter zu. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zum vergangenen Jahrzehnt, in dem die demographische Entwicklung die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch belastete.

Die demographische Wende bringt mit sich, dass Unternehmen mit steigendem Arbeitskräftebedarf verstärkt auf Arbeitsmarktreserven zurückgreifen müssen. Hier bestehen erhebliche Spielräume im Bereich der Erwerbstätigkeit von Frauen und älteren Arbeitskräften sowie vor allem von Arbeitslosen. Auf allen drei Gebieten kommt der Bildungspolitik besondere Verantwortung zu. Die Ausweitung privater und öffentlicher Qualifizierungsmaßnahmen für Wiedereinsteigerinnen und Langzeitarbeitslose bildet eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Nutzung dieser Arbeitsmarktreserven. Eine Anhebung der Beschäftigungsquote von Frauen, älteren Arbeitskräften und Arbeitslosen ist u. a. unter der Perspektive der Finanzierbarkeit des Sozialsystems einer Ausweitung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte vorzuziehen. Diese wird schon derzeit vor allem über die Zahl der Saisoniers markant erhöht, sodass in manchen Branchen (Gastgewerbe, wirtschaftsnahe Dienstleistungen) Beschäftigung und Arbeitslosigkeit parallel zunehmen.

Für die mittelfristige Prognose wird angenommen, dass ab 2004 im Zuge der EU-Osterweiterung und trotz Übergangsfristen für die Verwirklichung der vollen Freizügigkeit der Personen der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte merklich zunimmt. Das Arbeitskräfteangebot steigt daher von 2001 bis 2006 um 0,7% pro Jahr.

Wegen der erheblichen Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes wird trotz günstiger Konjunktur und regen Beschäftigungswachstums die Arbeitslosigkeit von ihrem Höchststand im Jahr 2002 nur langsam zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen könnte im Jahr 2006 noch immer 205.000 betragen, etwas mehr als 2001. Daraus ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 5,9% der unselbständig beschäftigten Erwerbspersonen bzw. 3,3% der

Erwerbspersonen laut Labour Force Survey der EU. Die im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung für das Jahr 2002 geplante Senkung der Arbeitslosenquote auf 3½% wird erst im Jahr 2005 umgesetzt werden können.

BUDGETSPIELRÄUME BLEIBEN ENG

STEUERSENKUNG ERFORDERT BEGLEITENDE AUSGABENKÜRZUNG

Der Konjunkturaufschwung entlastet einnahmen- und ausgabenseitig die öffentlichen Haushalte. Ein Spielraum für Steuer-senkungen ist daraus allerdings nicht abzuleiten. Die „Selbstfinanzierung“ einer Abgabenreduktion ist als gering einzustufen. Einnahmefälle müssen deshalb von Ausgabenkürzungen begleitet werden.

Die Konsolidierung des Staatshaushalts bildet das wichtigste wirtschaftspolitische Ziel der Bundesregierung. Bereits im Jahr 2001 konnte – ein Jahr früher als geplant – ein ausgeglichener Budgetsaldo des öffentlichen Sektors erreicht werden: Dem Defizit des Bundes standen entsprechende Überschüsse der Länder und Gemeinden gegenüber. Für das Jahr 2002 zeichnet sich hingegen wieder ein Budgetabgang von zumindest 0,4% des BIP ab. Dies ist großteils auf die einnahmen- und ausgabenseitigen Effekte des Konjunkturerfalls zurückzuführen, die mit Verzögerung wirksam werden. Überdies fallen die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nach den Vorzieheffekten des Vorjahres heuer gedämpft aus. In den kommenden Jahren sollten auch die öffentlichen Haushalte von dem in der mittelfristigen Konjunkturprognose unterstellten Aufschwung profitieren. Die Elastizität des gesamten Einnahmensystems in Bezug auf das nominelle BIP dürfte im Durchschnitt bei gut 0,9 liegen. Die Staatsausgaben wachsen aufgrund positiver Konjunkturerflüsse im Bereich der Arbeitslosigkeit und wegen der unterstellten strikten Zurückhaltung noch langsamer.

Unter der Annahme restriktiver Ausgabenpolitik erscheint laut Modellprognose ein ausgeglichener Haushalt im Jahr 2003 erreichbar. Allerdings erschwert eine Reihe von absehbaren Ausgabensteigerungen dieses Ziel. Dazu zählen der zum Ausgleich für die niedrigen Gehaltsabschlüsse des Vorjahres erhöhte Personalaufwand im öffentlichen Dienst, die neuerliche Ausweitung von Familientransfers (Ausbau des Kinderbetreuungsgeldes, Anhebung der Kinderbeihilfen) oder die rasch steigenden Kosten der Altersteilzeit.

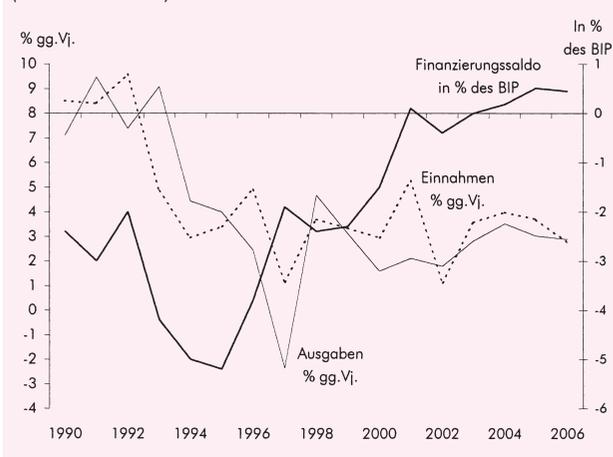
Wenn der Konjunkturzyklus, wie die Prognose annimmt, seinen Höhepunkt im Jahr 2004 erreicht, ist bei restriktiver Ausgabenpolitik automatisch eine Verbesserung des

Saldos der öffentlichen Haushalte zu erwarten. Die Modellprognose zeigt das langsame Entstehen eines Überschusses des öffentlichen Sektors, der gegen Ende des Prognosehorizonts ½% des BIP erreichen könnte. Dies entspricht etwa den Vorstellungen des Finanzministeriums im mittelfristigen Stabilitätsprogramm vom Herbst 2001. Dieses Ergebnis basiert allerdings auf der expliziten Annahme keiner diskretionären Änderungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite und kann keinesfalls als „Spielraum“ für eine mögliche Steuer-senkung interpretiert werden. Weder wurde eine Senkung der Einkommen- und Unternehmenssteuern noch eine Verringerung der Lohnnebenkosten unterstellt, und auch die geplante deutliche Erhöhung der Ausgaben für Landesverteidigung konnte noch nicht berücksichtigt werden. Zudem impliziert das Ziel eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Budgets, dass in der Hochkonjunktur jene Spielräume geschaffen werden, die in der Rezession die vollständige Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren und damit jene konjunkturbedingten Defizite erlauben, die für die Verhinderung eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit unabdingbar sind.

Mittelfristig ist eine Senkung der Abgabenlast anzustreben, die mit 45,9% des BIP im Jahr 2001 einen Höchstwert erreichte. Bis ins Jahr 2006 ergibt die Modellprognose einen automatischen Rückgang der Einnahmenquote um weniger als 1 Prozentpunkt, da die Aufkommenselastizität unter 1 liegt. Österreich weist im EU-Vergleich einen besonders hohen Anteil der Beiträge zur Sozialversicherung, der lohnsummenabhängigen Abgaben und der indirekten Steuern am gesamten Abgabenaufkommen auf. Hingegen ist das Aufkommen an Einkommensteuern, Unternehmenssteuern und Vermögensteuern relativ niedrig. Jede beabsichtigte Verringerung der Abgabenbelastung müsste allerdings mit einer entsprechenden zusätzlichen Kürzung von Staatsausgaben einhergehen, wenn der im Pakt für Stabilität und Wachstum vorgesehene mittelfristige Budgetausgleich eingehalten werden soll.

Eine volle „Selbstfinanzierung“ von Steuer-senkungen durch die damit ausgelöste Wachstumsbeschleunigung kann weder in kurzer noch in mittlerer Frist angenommen werden. Kurzfristig wird aber auch eine teilweise Selbstfinanzierung von geringer Bedeutung sein, denn zum einen wird für die Jahre 2003 und 2004 ein Wirtschaftswachstum über dem längerfristigen Durchschnitt erwartet, das keine zusätzlichen Impulse der Fiskalpolitik braucht. Zum anderen haben die Erfahrungen in Österreich und im europäischen Ausland gezeigt, dass Steuer-senkungen zwar die verfügbaren Einkommen erhöhen, zunächst aber auch zu einem guten Teil in einer Anhebung der Sparquote münden und so der private Konsum kurzfristig nur wenig Impulse erhält. Eine Steuer-senkung, die nicht von Ausgabenkürzungen begleitet ist, schlägt sich also unmittelbar in einer Ausweitung der

Abbildung 3: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo (laut Maastricht) des Staates



öffentlichen Defizite nieder. Längerfristig können allerdings positive Wachstumseffekte erwartet werden. Diese dürften aber eher mit der Struktur der Reform, d. h. ihren Anreiz- und Verteilungseffekten, als mit dem Steuersenkungsvolumen verknüpft sein.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist die österreichische Budgetpolitik von starken Schwankungen gekennzeichnet, die nicht mehr in den Zusammenhang einer antizyklischen Orientierung gestellt werden können: Bei günstiger Budgetsituation wurden Ausgabenausweitungen (meist im Bereich der Familienförderung) beschlossen und Steuern gesenkt, sehr rasch darauf folgten meist Konsolidierungspakete. Im Jahr 2001 fiel eine Phase restriktiver Budgetpolitik sogar mit einem internationalen Konjunkturabschwung zusammen. Simulationen mit dem WIFO-Makromodell haben gezeigt, dass einander die expansiven Effekte von Transfererhöhungen und Steuersenkungen einerseits und die restriktiven Auswirkungen der nachfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen in Bezug auf das Wirtschaftswachstum aufgehoben haben. Eine mittelfristig ausgerichtete Budgetpolitik sollte einerseits die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte voll gewährleisten, um den stabilisierungspolitischen Aufgaben gerecht zu werden. Andererseits müssten die Budgetstrukturen unter allokativen und distributiven Gesichtspunkten verbessert werden. Hier besteht eine der wichtigsten Handlungsmöglichkeiten, die der Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene verblieben sind.

ERHEBLICHE HERAUSFORDERUNGEN AUFGRUND DER BUDGETSTRUKTUR

Mittelfristig zeichnet sich eine Reihe von Problemen in der Struktur des öffentlichen Sektors ab. Dies betrifft zunächst die auffallend niedrige Elastizität des Umsatzsteuersystems: Das Aufkommen an indirekten Steuern bleibt merklich hinter dem Wachstum des nominellen privaten Konsums zurück. Dies deutet darauf hin, dass Umge-

hungsmöglichkeiten groß sind und auch zunehmend in Anspruch genommen werden. Österreich teilt dieses Problem mit mehreren anderen EU-Ländern, was auch eine Befassung auf europäischer Ebene nahe legt.

Problematisch erscheint das anhaltende Wachstum der öffentlichen Subventionen. Sie betreffen im Bundeshaushalt vor allem die ÖBB und die Landwirtschaft, bei den anderen Gebietskörperschaften Zahlungen an ausgelagerte Einrichtungen. Auch die Zinsen für die Staatsschuld haben wegen des steigenden Zinsniveaus weiterhin wachsende Tendenz. Einzig die öffentlichen Investitionen dürften in den kommenden Jahren zurückgehen – dies ist der Effekt der Ausgliederungen im Straßen- und Schienenbau sowie im Hochbau (Bundesimmobilien-gesellschaft).

Im Bereich der Sozialausgaben sind weiterhin merkliche Steigerungen zu erwarten. Diese entstehen in der Familienförderung durch die Einführung des Kindergeldes und die Anhebung der Kinderbeihilfen. Die vollen Kosten werden erst ab dem Jahr 2004 wirksam werden, und der Familienlastenausgleichsfonds wird deshalb wahrscheinlich bis ins Jahr 2005 defizitär bleiben. Die Ausgaben für Arbeitslosigkeit werden trotz des erwarteten Rückgangs der Zahl der Arbeitslosen nicht merklich sinken. Dies ist auf die rasche Ausweitung der Kosten der „Altersteilzeit“ zurückzuführen, die sich aufgrund äußerst großzügiger Regelungen wachsender Beliebtheit erfreut. Im Vollausbau könnten die Ausgaben für dieses Modell jährlich fast 500 Mio. € erreichen, das entspricht etwa zwei Drittel der Ausgaben für aktive Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik. Der hohe Stellenwert der Verringerung des Arbeitskräfteangebotes gegenüber der Qualifizierung der Arbeitslosen erscheint unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigungsentwicklung sehr problematisch. In der Pensionsversicherung ist der rasche Anstieg der Ausgaben vor allem auf die demographische Entwicklung zurückzuführen. Die Pensionsreform 2000 hat ihn nur gedämpft. Auch in der Krankenversicherung ist aufgrund der demographischen Entwicklung und technischer Neuerungen mit einem überproportionalen Ausgabenwachstum zu rechnen.

BETRÄCHTLICHE RISKEN VON SEITEN DER INTERNATIONALEN KONJUNKTUR

Die heimische Wirtschaftsentwicklung wird in hohem Maß von der Weltkonjunktur beeinflusst: Mehr als die Hälfte der erzeugten Güter und Dienstleistungen wird exportiert. Damit kommt neben Fragen der preislichen und qualitativen Wettbewerbsfähigkeit vor allem der Nachfrage der Handelspartner große Bedeutung für die österreichische Konjunktur zu. Deshalb liegen die Unsicherheiten der vorliegenden mittelfristigen Prognose hauptsächlich in den internationalen Rahmenbedingungen.

Übersicht 6: Staat

	Ø 1996/2001	Ø 2001/2006	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Jährliche Veränderung in %							
Laufende Einnahmen	+3,3	+3,0	+5,3	+1,1	+3,6	+4,0	+3,7	+2,8
Laufende Ausgaben	+1,8	+2,8	+2,1	+1,8	+2,8	+3,5	+3,0	+2,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+3,4	+3,6	+2,6	+2,3	+4,0	+4,7	+3,8	+2,9
	In % des BIP							
Finanzierungssaldo des Staates Laut Maastricht-Definition	-1,6	0,1	0,1	-0,4	±0,0	0,2	0,5	0,4

In der EU wird die Konjunktur seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre aufgrund der anhaltenden Schwäche der Binnennachfrage wesentlich von der Entwicklung in den USA bestimmt. Dies gilt besonders für den Einbruch

Makroökonomische Ungleichgewichte in den USA, fehlende Kooperation in der Wirtschaftspolitik der EU und die Unsicherheiten über die Dynamik des Aufholprozesses in Ost-Mitteuropa bilden die internationalen Risiken für die Prognose. Im Inland liegen die Risiken in der Bewältigung der strukturellen Herausforderungen der Budget-, Bildungs- und Innovationspolitik.

2000/01, aber auch für den derzeitigen Aufschwung. Einen beträchtlichen Teil der Risiken für die Konjunkturerholung bilden deshalb die makroökonomischen Ungleichgewichte in den USA, die sich in einer niedrigen Sparquote (2001 nur 1½% der verfügbaren Einkommen) und hohem Leistungsbilanzdefizit (2001 mehr als 4% des BIP) niederschlagen. Ein weiterer Rückgang der Aktienpreise oder ein Einbruch der überhöhten Immobilienpreise dürfte eine Verringerung der Konsumausgaben auslösen und die Anreize, in den USA zu investieren, rasch dämpfen. Dies könnte den Dollarkurs weiter schwächen. Eine stärkere Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar bildet deshalb ein weiteres Risiko für die Konjunktur in der EU.

Innerhalb der EU wird in den kommenden Jahren das Zusammenspiel der verschiedenen wirtschaftspolitischen Instrumente in einer Währungsunion auf die Probe gestellt. Die EU-Wirtschaftspolitik hat aufgrund der starren Festlegung der EZB auf ein recht enges Inflationsziel und des relativ starren Pakts für Stabilität und Wachstum zu spät und nicht ausreichend auf den internationalen Konjunkturerinbruch 2001 reagiert. Im Konjunkturaufschwung sollte es nun darum gehen, den nötigen Budgetspielraum zu schaffen, ohne Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität zu gefährden. Dies macht eine bessere Abstimmung zwischen europäischer Geldpolitik, nationalstaatlicher Budgetpolitik und der Lohnpolitik der Tarifpartner notwendig.

In einer Währungsunion kommt der Entwicklung der relativen Lohnstückkosten große Bedeutung zu. Hier ha-

ben sich in jüngster Zeit wesentliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern ergeben. Der rasche Anstieg der Lohnstückkosten der letzten Jahre in Irland und den Niederlanden erscheint nicht problematisch, weil er nur die in der Vergangenheit erzielten Wettbewerbsvorteile ausgleicht. In Portugal und Spanien hingegen ergeben sich merkbare Probleme der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die die Wirtschaftspolitik vor erhebliche Herausforderungen stellen.

In die zweite Hälfte der Prognoseperiode fällt die Osterweiterung der EU. Ein Gelingen des Erweiterungsprozesses bietet aufgrund der hohen unbefriedigten Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in Osteuropa eine große wirtschaftliche Chance für Westeuropa und Österreich. Die Osterweiterung birgt allerdings auch eine Reihe von Risiken. Diese werden vor allem dann schlagend, wenn der Aufholprozess der osteuropäischen Länder nicht rasch genug erfolgt. In einigen Ländern wurde das Wirtschaftswachstum in jüngster Zeit durch eine über Gebühr restriktive Zinspolitik und eine Aufwertung der nationalen Währung gegenüber dem Euro gebremst. Insbesondere der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der osteuropäischen Länder – etwa durch eine zu frühe Teilnahme an der WWU – wäre gefährlich.

Im Inland liegen die Risiken der mittelfristigen Konjunkturprognose in verschiedenen Strukturfragen: Zum ersten könnte eine prozyklische Budgetpolitik, die während der internationalen Konjunkturabschwächung konsolidiert und im Konjunkturaufschwung expansiv wird, die wachstums- und beschäftigungspolitischen Spielräume langfristig erheblich einschränken. Zum zweiten könnte die Bedeutung der Bildung und Qualifizierung für die langfristige Wachstumsdynamik unterschätzt werden. Diese Gefahr kommt z. B. in der starken Ausweitung der Ausgaben für Altersteilzeit bei gleichzeitiger Konstanz der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zum Ausdruck. Ein gut ausgebautes und hochwertiges Qualifizierungssystem ist ein Schlüssel für die Bewältigung der Herausforderungen, die mit einem längerfristigen demographisch bedingten Rückgang des Arbeitskräfteangebotes verbunden sind. Zum dritten müsste die Innovationspolitik mehr Beachtung finden. Sie kann langfristig die Wettbewerbsfähigkeit deutlich erhöhen und die Wachstumsdynamik mehr fördern, als dies über die gewohnte Lohnzurückhaltung allein möglich ist.

*Cyclical Upturn, with Structural Problems Persisting**Medium-term Projections for the Austrian Economy until 2006 – Summary*

The Austrian economy is about to enter a phase of cyclical upturn that should last until 2004, when growth may rise above 3 percent. For 2005 and 2006, a marked slowdown should be expected. The business cycle is determined primarily by international developments exerting a direct impact on exports and investment in machinery and equipment. The further course of the world economy also holds the major risks to the projections. Domestic demand, while initially lagging behind the growth of output, will lend increasing support to overall activity towards the forecast horizon. Employment will post sizeable gains as the recovery proceeds, although a fall in unemployment may be held back by the ample supply of foreign labour. Financial scope in government households will remain tight, as policy is facing major challenges in shaping budgetary structures and in the areas of education and innovation.

The present medium-term projections 2001-2006 are based upon the short-term outlook 2002-03 presented by WIFO in June. There, WIFO has worked on the assumption of a smooth recovery of activity world-wide, while at the same time pointing to the risk for such a recovery being delayed. In Austria, the cyclical upturn may peak in 2004, at an annual growth in real GDP of 3¼ percent. Exports and investment in machinery and equipment are expected to be the main drivers of the rebound from the 2001 recession.

The Austrian economy may benefit particularly from a pick-up in demand from its major trading partners, as price competitiveness of domestic exporters has been boosted by a favourable trend in unit labour costs. The expected strong expansion of goods exports will give major incentives for investment in machinery, vehicles and immaterial goods. During the upswing, domestic demand will rather have a dampening impact on the pace of activity. Gains in private consumption may be held back somewhat by a rise in the saving ratio towards its medium-term average. Growth in the construction sector will be subdued, as demand for new homes is set to remain sluggish.

The cyclical pattern underlying the projections points to a marked slowdown in 2005 and 2006. Once again, the driving forces will come from the most volatile components of demand, i.e., exports and equipment investment, which by then should both post only modest further gains. Domestic demand, for its part, should help sustain overall activity towards the end of the forecast period. Private consumption will keep rising by over 2 percent p.a., and construction activity should finally overcome its protracted recession, once investment in transport and communication facilities will re-

ceive incentives from EU enlargement and housing demand starts heading up.

Over the period 2001-2006, real GDP in Austria is expected to grow by 2¼ percent p.a., slightly below the EU average (2.4 percent) and keeping broadly the same pace as from 1996 to 2001. Nevertheless, a number of structural problems are becoming apparent: while the foreign contribution to growth is rising significantly, this is to be attributed, apart from favourable external cyclical conditions, to a moderate trend in wages rather than to strong productivity gains driven by a successful innovation strategy.

The business cycle upturn will give rise to stronger employment growth. The number of active workers and employees is set to increase by 19,000 or 0.6 percent per year. This will not, however, reduce unemployment to the same extent. Although the population of working age, unlike in previous periods, will hardly rise, labour supply will be boosted substantially by the inflow of foreign workers, either on a seasonal basis or as a consequence of eastern enlargement of the EU as from 2004. The overall jobless figure is expected to just edge down to 205,000 by 2006, corresponding to a rate of 5.9 percent of the dependent labour force or 3.3 percent of the workforce according to Eurostat.

Assuming a restrictive stance for public spending, and abstracting from any cuts in taxes and non-wage labour costs as well as from the envisaged increase in defence spending, the model projections yield a balanced general government budget for 2003 and a small surplus for the following years (2005 +½ percent of GDP).

The forecast gives no indication for significant inflation risks. The average inflation rate over the period 2001-2006 is expected at 1.7 percent. Real wages per capita are expected to rise by 1 percent per year, distinctly lagging behind labour productivity.

The risks to the present medium-term projections are primarily located at the international level. In the USA, growth may turn out lower in the case of the macro-economic imbalances (low saving ratio, high current account deficit, over-valuation of stocks and real estate assets) being corrected. In Europe, the different actions of the monetary, fiscal and wage-setting authorities may not in all instances yield the appropriate policy mix. Eastern enlargement of the EU has been assumed to take place in 2004. The successful integration of the candidate countries may have lasting positive effects on growth not only for the new members, but also for western Europe. Potential risks remain nevertheless significant, such as in the event of a premature accession to monetary union.

HELMUT MAHRINGER
ET AL.

■ MITTELFRISTIGE BESCHÄFTIGUNGS- PROGNOSE FÜR OBERÖSTERREICH

BERUFLICHE UND SEKTORALE VERÄNDERUNGEN BIS 2008

Der Strukturwandel einer Wirtschaft, wie er sich auch in Oberösterreich vollzieht, hat Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Berufsstruktur. Die Änderung der Nachfrage nach beruflichen Qualifikationen entsteht sowohl durch den Wandel der Branchenstruktur als auch durch Verschiebungen der Bedeutung einzelner Berufe innerhalb der Branchen. Der Prozess der Anpassung an neue Berufsprofile beansprucht längere Zeit und stellt hohe Anforderungen an Arbeitskräfte und Betriebe wie auch an die Institutionen im Bereich Bildung, Innovation, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik. Für eine erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik ist es daher von grundlegender Bedeutung, künftige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt rechtzeitig abschätzen zu können.

Die vorliegende Prognose für Oberösterreich bis ins Jahr 2008 leistet einen Beitrag dazu. Methodisch baut sie auf ökonometrischen Modellen sowohl der österreichischen als auch der oberösterreichischen Wirtschaft auf. Die Beschäftigungsprognosen sind in 34 Branchengruppen und 61 Berufsgruppen gegliedert.

- *Einleitung*
Zielsetzung der Prognose – Methodenüberblick – Hauptergebnisse der Beschäftigungsprognose
- *Definitionen*
Abgrenzung der Modellsektoren – Abgrenzung der Berufsgruppen
- *Prognose der Beschäftigungsentwicklung in Oberösterreich nach Branchen*
Überblick – Detaillierte Beschäftigungsprognose
- *Entwicklung der Beschäftigung in Oberösterreich nach Berufen*
Überblick – Detaillierte Beschäftigungsprognose
- *Methoden*
Branchenprognose – Berufsprognose – Branchen- und Berufseffekte
- *Anhang A: Liste der Berufsgliederung gemäß ISCO(88)*
- *Anhang B: Tabellen*

Kammer für Arbeiter und
Angestellte für Oberösterreich •
2002 • 223 Seiten • 45,00 € •
Download: 36,00 €

Download:
http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22329